

Übrigens...

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **115 (1989)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schiebung im Bundesrat

VON BRUNO HOFER

Zuerst war eigentlich alles klar: Die Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee sollte im Juni zur Abstimmung gelangen. Dieser Termin wurde möglich, weil die Ständeräte in der Sondersession von Ende Februar das Dossier eilig auch noch über ihre Pulte liessen.

Doch dann kam alles anders. Die Sozialdemokraten beschlossen, an einem ganz speziell dafür hergerichteten Parteitag vom 3. Juni über das Begehren der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) unter Federführung des Zürcher Politologen Andreas Gross zu beraten, oder besser gesagt: Die Sozialdemokraten wollen an diesem Sonderparteitag Wege finden, um sich am Thema vorbeizuschmuggeln, damit sie es nicht debattieren müssen.

Der Bundesrat hat ein Herz für die von einer Zerreissprobe gebeutelte Sozialdemokratie. Da der Sonderparteitag der Sozialdemokraten nur einen Tag vor dem ursprünglich vorgesehenen Abstimmungstermin vom 4. Juni angesetzt ist, verschob die Landesregierung den Urnengang vorerst auf den 24. September.

Bundesrat diktiert das Tempo

Trotzdem hätte am 14. Juni zusammen mit der ursprünglich vorgesehenen Kleinbauerninitiative auch noch über das Volksbegehren Tempo 130/100 befunden werden sollen. Auch dieses vom Basler Automobiljournalisten Bernhard Böli eingereichte und mittlerweile von der Autopartei annehmierte Begehren ist nach dem Nein von Bundesrat und Parlament reif für den Urnengang, den der Bundesrat gewaltig fürchtet. Die Annahme der Initiative ist nämlich durchaus nicht ausgeschlossen. Sie bedeutet für den Bundesrat, dass er die Macht und Kompetenz verliert, in eigener Regie auf verschiedenen Schweizer Strassen das Tempolimit auszuüben.

Eifersüchtig wachte er bisher über diese Herrlichkeit, nicht einmal das Parlament liess er dreinreden. Obwohl die Mehrheit aller Deputierten am 7. Februar 1985 eine Motion und am 16. März 1987 ein Postulat für Tempo 100 überwiesen hatte (damals redeten alle vom Waldsterben), verweigerte

te der Bundesrat den Gehorsam mit dem Argument, in diesem Gärtlein habe das Parlament nichts zu jäten und nichts zu säen.

Der Bundesrat geniesst diese Entscheidung dermassen, dass er stunden-, ja tagelang darüber zu debattieren pflegt. Zweimal verschob er einen fälligen Entscheid über die definitive Ablösung des noch bis Ende Jahr gültigen Temporegimes 80/120. Zuerst sagte er, der Entscheid falle bei Vorliegen eines Expertenberichts über die Auswirkungen von Tempo 80/120 während der Versuchsperiode zwischen 1985 und 1987. Der Bericht kam im letzten Herbst, doch der Entscheid wurde vertagt.

Später, am 4. Oktober, beruhigte Bundesrätin Elisabeth Kopp die Nationalräte, der Bundesrat werde den Tempontscheid «sachlich und mit der üblichen Weisheit treffen». Sie versprach zudem, «gegen Jahresende» dem Gesamtbundesrat ihren Antrag für die definitive Regelung zu unterbreiten. Am 21. Dezember fand tatsächlich eine Sitzung statt, doch wieder ohne den «sachlichen und weisen» Entscheid.

Verschiebung verschoben

Der dritte Anlauf erfolgte am 13. Februar, abends an einer Klausursitzung, dem mit

grossen Augen auch der neue Bundesrat Kaspar Villiger folgen durfte. Der weise Entscheid lautete: Über die Tempoinitiative stimmen wir erst im November ab, nicht bereits im Juni. Warum? Den Schlüssel lieferte Achille Casanova, der Sprecher des Bundesrates, wie immer in etwas rätselhafter Verpackung. Die Begründung steckt nämlich in jener für die Verschiebung der Abstimmung über die Armeeschaffungsinitiative.

Diese wird nämlich – auch das eine Frucht der Klausursitzung – nicht im September zur Abstimmung gebracht, wie im zweiten Anlauf vorgesehen, sondern erst im November.

Der Grund liegt jetzt nicht mehr in den Sozialdemokraten, sondern in den 50-Jahr-«Feierlichkeiten» zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, die in der zweiten Augusthälfte landab mit grossem Einsatz, Eifer und Fröhlichkeit über die Bühne gehen sollen. Training für 1991. Der Start erfolgte bereits, und zwar in Genf, wo 1500 Ehemalige am 11. Februar den «Dank an die Mobilisierten von 1939/45» mit Suppe und Spatz, Reden, Geselligkeit und einer General-Guisan-Gedenkmédaille als Ehrensold feierten. Der Bund übernahm eine Defrigitgarantie, die gleich hoch sein darf wie die Leistung von Republik und Kanton Genf. Etwa 15 000 Franken dürften es sein.

Das Genfer Beispiel weckte die Verantwortlichen im EMD unsanft. Rechnen kann man zwar in Bern auch und wusste deshalb um das Jubiläum. Doch fühlte man sich im Bundeshaus-Ost von den Festlichkeiten regelrecht überrumpelt. «Wir haben den Druck aus dem Volk völlig unterschätzt», gesteht man hinter vorgehaltener Hand und ist nun eilig daran, einen Nachtragskredit von mehreren Millionen Franken durchs Parlament zu schleusen, um die Festakte zu kanalisieren und nicht alles aus dem OKK-Truppenkredit berappen zu müssen.

Von Jubiläen umzingelt

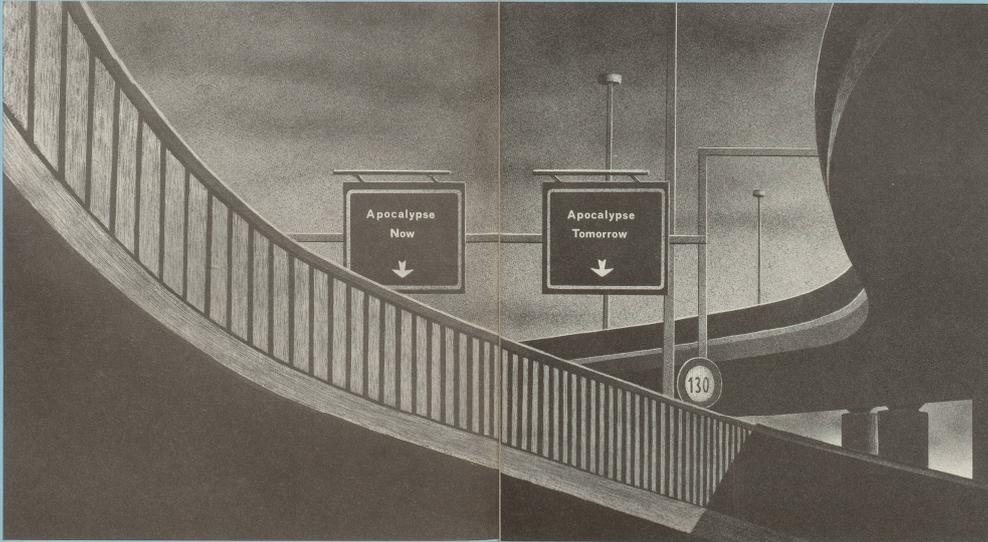
Wenn alles gut geht, darf das Parlament die Kredite sogar noch beschliessen, bevor sie in der zweiten Hälfte des Monats August an einer wahren Kaskade von Feierlichkeiten in fast allen grossen Schweizer Städten ausgegeben werden. Um den Eindruck zu vermeiden, hier würden Militäraussen ab Gegenpropaganda zur Volksinitiative eingesetzt, hat die Landesregierung das Abstimmungsdatum aus der nächstfestlichen Katerzeit weg in den November hinein verlegt. Bis dann sollte alles wieder verbraucht sein.

Doch der Bundesrat hat etwas gelernt: Unterschätze nie die Jubiläen. Genau aus diesem Grund wurde jetzt auch die Volksabstimmung über die Tempo-Initiative, die dem entscheidungsfreudigen Bundesrat so sehr am Herzen liegt, vom Juni in den November verschoben.

Denn auch die Tempofrage ist von einem Jubiläum umzingelt. Im Juni jährt sich genau zum 30. Mal der Jahrestag der ersten Tempolimit auf Schweizer Strassen: Am 1. Juni 1959 wurde Tempo 60 innerorts ausgesprochen. Und wer weiss, wie gross der «Druck aus dem Volk» zur Feier dieses Jubiläums werden wird. Die «Schiebung» im Bundesrat entpuppt sich wieder einmal als äusserst weiser Ratschluss unserer Landesräte.

Übrigens ...

... muss man nicht alles auf den Kopf stellen, um etwas auf die Beine zu stellen!



Rechtspalast Nr. 8/1983

Rechtspalast Nr. 9/1983